



Verminderung des Klimawandels nur durch Kampf gegen Armut erfolgreich

Verminderung des Klimawandels nur durch Kampf gegen Armut erfolgreich
Forscher schlagen unter anderem Brennstoffwechsel im Energiesektor und Subventionsabbau vor
Die Abschwächung des Klimawandels kann nur durch einen Kampf gegen die Armut in den Schwellen- und Entwicklungsländern gelingen. Die internationale Staatengemeinschaft sollte daher eine Politik umsetzen, die gleichermaßen die globale Reduktion von Treibhausgasen und die Entwicklungsziele der ärmeren Staaten in den Blick nimmt. Das ist das Ergebnis der Studie "Feasible Mitigation Actions in Developing Countries", die Michael Jakob und Jan Steckel vom Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) jetzt mit Kollegen der Universität Göttingen und dem German Institute of Global and Area Studies in "Nature Climate Change" veröffentlicht haben.
Die Wissenschaftler zeigen, auf welchen politischen, institutionellen und finanziellen Pfaden Wachstum für die armen Ländern möglich ist - bei gleichzeitiger Abschwächung des Klimawandels. "Besonders vielversprechend wären ein Subventionsabbau für fossile Energieträger, ein Brennstoffwechsel im Energiesektor sowie karbonarme Technologien für dezentrale Energieversorgung", sagt Jan Steckel, Leiter der MCC-Arbeitsgruppe Climate and Development. Beispielsweise wäre die Förderung lokaler Solaranlagen und Mini-Wasserkraftwerke denkbar.
Laut der Studie ist es empfehlenswert, sich klimapolitisch nicht nur auf große Emittenten der BRICS-Staaten wie China, Indien oder Südafrika zu konzentrieren, sondern auch auf Staaten wie Vietnam oder Nigeria. "Wir können zeigen, dass mit wachsenden Einkommen auch die CO₂-Emissionen steigen", sagt Steckel. "Da etwa in armen aber schnell wachsenden Ländern wie Vietnam und Nigeria die Industrialisierung zunimmt und die Mittelschicht wächst, erwarten wir bald steigende CO₂-Emissionen. In diesen Staaten würde sich für die internationale Klimapolitik ein guter Ansatzpunkt finden."
Die Autoren mahnen zudem, die Entwicklungsziele ärmerer Staaten nicht nur unter finanziellen Gesichtspunkten zu beachten, sondern auch die institutionellen Voraussetzungen für mögliche Finanztransfers in den Blick zu nehmen. "Wir gehen davon aus, dass viele Staaten oft nicht das institutionelle Umfeld haben, hohe Summen zur Förderung von Maßnahmen zur Emissionsminderung auch effektiv einzusetzen. Hier müssten die Industriestaaten ansetzen, denn nur Geld zu zahlen, reicht nicht", sagt MCC-Forscher Michael Jakob. "Hohe Klimafinanzhilfen könnten das Wirtschaftswachstum sogar dämpfen." Diesen Aspekt hatten die MCC-Forscher bereits zuvor in der Arbeit "Climate finance for developing country mitigation: blessing or curse?" im Fachmagazin "Climate and Development" untersucht.
Die neue Studie ist Teil des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts "ENTDEKEN". Sie empfiehlt auch Institutionen wie der Weltbank und der Globalen Umweltfazilität (GEF), ihre Finanzhilfen für Entwicklungsländer weniger an der CO₂-Reduktion der Staaten zu orientieren, sondern an wirtschaftlichen Entwicklungszielen auszurichten, die dann eine solche CO₂-Reduktion nach sich ziehen. Konkret raten die MCC-Wissenschaftler, Entwicklungsziele von ärmeren Staaten etwa in der Gesundheitspolitik zu unterstützen. "Wenn die Politik zunächst Probleme wie die schlechte Luftqualität in vielen Ländern in den Blick nimmt, dürften die Unterstützung dafür leichter zu bekommen sein, weil die zu erwartenden Erfolge kurzfristig eintreten", sagt Jakob. "Die langfristige Emissionsreduktion ist dann ein begrüßenswerter aber nicht weniger wichtiger Nebeneffekt."
Über das MCC
Das MCC erforscht nachhaltiges Wirtschaften sowie die Nutzung von Gemeinschaftsgütern wie globalen Umweltsystemen und sozialen Infrastrukturen vor dem Hintergrund des Klimawandels. Fünf Arbeitsgruppen forschen zu den Themen Wirtschaftswachstum und -entwicklung, Ressourcen und Internationaler Handel, Städte und Infrastrukturen, Governance sowie wissenschaftliche Politikberatung. Das MCC ist eine gemeinsame Gründung der Stiftung Mercator und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK).
Weitere Informationen:
Der Artikel im Original: Jakob, M.; Steckel, J.; Klasen, S.; Lay, J.; Grunewald, N.; Martinez-Zarzoso, I.; Renner, S.; Edenhofer, O. (2014): Feasible Mitigation Actions in Developing Countries, Nature Climate Change, DOI:10.1038/nclimate2370
Jakob, M.; Steckel, J.; Flachsland, C.; Baumstark, L. (2014) Climate finance for developing country mitigation: blessing or curse? Climate and Development, DOI:10.1080/17565529.2014.934768
Stiftung Mercator GmbH
Huyssenallee 46
45128 Essen
Deutschland
Telefon: +49 201 24522-0
Telefax: +49 201 24522-44
Mail: info@stiftung-mercator.de
URL: <http://www.stiftung-mercator.de/>
 http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=579723 width="1" height="1">

Pressekontakt

Stiftung Mercator GmbH

45128 Essen

stiftung-mercator.de/
info@stiftung-mercator.de

Firmenkontakt

Stiftung Mercator GmbH

45128 Essen

stiftung-mercator.de/
info@stiftung-mercator.de

Die Stiftung Mercator ist eine der großen privaten Stiftungen in Deutschland. Sie verfolgt klar definierte reformerische Ziele in ihren Themenclustern Integration, Klimawandel und Kulturelle Bildung, die sie mit einer Kombination aus gesellschaftspolitischer Themenanwaltschaft im Sinne von "advocacy" und praktischer Arbeit erreichen will. In ihren Kompetenzzentren Wissenschaft, Bildung und Internationale Verständigung ist die Stiftung Mercator sowohl operativ als auch fördernd tätig. Eine unternehmerische, professionelle und internationale Haltung bestimmt dabei ihre Arbeit.